



„Pusher Street“: Brennende Mülltonnen, Handel mit Cannabis. Christianias idyllische Seite: Bootsfahrt am See.

## Zwischen Hanf und Hoffnung

**Vor 40 Jahren riefen Freigeister in Kopenhagen die „Freistadt Christiania“ aus. Das Areal wurde zum Aussteiger-Paradies mit eigenen Regeln; es zog jedoch auch Drogenkonsumenten, Autonome und Biker-Banden an. Nun entscheidet der Oberste Gerichtshof über die Zukunft des „sozialen Experiments“.**

Im Zentrum Kopenhagens liegt ein Ort der Kontraste. Ein ehemaliges Kasernengelände, teilweise umgeben von alten Bastionsmauern, mit malerischen Grünanlagen und Wasserflächen, beherbergt seit knapp 40 Jahren die „Freistadt Christiania“. Sie zählt zu den beliebtesten Sehenswürdigkeiten Kopenhagens, mehr als eine Million Besucher pro Jahr kommen in die „Aussteiger-Kommune“ mit Cafés, Restaurants, Klubs und Geschäften. Der eigenständige Lebensstil, die kreative Architektur und die Ursprünglichkeit ziehen viele Schaulustige in das 34 Hektar große Areal, in dem rund 900 Menschen leben. In Christiania prallen jedoch Welten aufeinander. Für die einen ist die „Stadt in der Stadt“ ein Beispiel für die Offenheit und Progressivität der Dänen, für andere ist sie ein Anziehungspunkt für Drogen und Gesetzlosigkeit.

**Die Gründung der „Freistadt“** erfolgte in einer bewegten Zeit: Friedensdemonstrationen und Anti-Kriegsmärsche, „Flower Power“ und Hausbesetzungen prägten Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre das Leben vieler Jugendlicher auf der Suche nach alternativen Gesellschaftskonzepten und neuen Formen des Zusammenlebens. Ein aufgelassener Militärstützpunkt im Stadtteil *Christianshavn* schien für zahlreiche dänische Freigeis-

ter im September 1971 der ideale Platz für einen Neuanfang zu sein: Sie besetzten die früheren Kasernengebäude, errichteten Behausungen und nannten die neu gegründete, „freie“ Kommune *Christiania*. Hippies, Künstler, aber auch sozial Schwache wurden vom Angebot eines eigenständigen Lebens abseits der staatlichen Regeln angezogen. Die Polizei versuchte, das Gelände zu räumen, die Weitläufigkeit der Anlagen und die große Zahl der Personen ließ die Exekutive aber an ihre Grenzen stoßen. Der dänische Verteidigungsminister suchte schließlich den Konsens: Elektrizität und Wasser wurden bereitgestellt, die Regierung machte Christiania zu einem „sozialen Experiment“, von dem vor allem zwei Gruppen profitieren sollten: Diejenigen, die eine Alternative zur konventionellen Gesellschaft schaffen wollten, und diejenigen, die in dieser Gesellschaft nur mehr schwer Platz fanden. Bis heute ist die Freistadt ein Auffangbecken für Arbeits- und Obdachlose, zum Beispiel für Inuits aus Grönland.

**Autonomie.** Von Anfang an wollte man in Christiania autark sein. Es gibt eine interne Post, einen Gemischtwarenladen, Kindergärten, eine Krankenstation, ein Badehaus und eine durchorganisierte Mülltrennung. Sicherheit soll durch Nachbarschaftshilfe und Telefonketten gewährleistet wer-

den; zur Polizei als Symbol staatlicher Hoheitsgewalt bestand stets Distanz. In den 1980er-Jahren wurden Abwässerkanäle gegraben und zahlreiche neue Häuser gebaut. Handwerkliche Betriebe sichern vielen Bewohnern ein kleines Einkommen; das eigentümliche Christiania-Fahrrad mit einer Kiste an der Vorderseite hat sich zum Exportschlager entwickelt. Autos sind, bis auf die Zufahrt von Lieferwagen, verboten; dafür herrscht reger Fahrradverkehr, der zum Teil mit Hinweisschildern auf Geschwindigkeitsbeschränkungen reguliert wird. Das Konzept einer für sich selbst sorgenden Gemeinschaft, die niemanden ausschließt und alle Entscheidungen gemeinsam trifft, klingt für viele verlockend. Dieser offene Zugang brachte der Freistadt jedoch schon bald nach ihrer Gründung Probleme. Der Konsum von Haschisch und Marihuana gehörte zum Selbstverständnis des freien Lebens in der Kommune. Ende der 1970er-Jahre kamen harte Drogen wie Heroin und LSD nach Kopenhagen; Junkies suchten Zuflucht hinter den schützenden Mauern der Freistadt und es entstand eine brutale Drogenszene. Die „Christianitter“ standen der neuen Entwicklung ratlos gegenüber; eine Zusammenarbeit mit der Polizei, die in der Freistadt nie gerne gesehen war, scheiterte. 1979 und 1980 gelang es der Kommune, eine Blockade gegen harte Drogen zu orga-



**Haschischkonsumenten in der „Freistadt Christiania“: 2001 wurde die Drogenbekämpfung verschärft.**

**Verhaltensregeln: Keine Schusswaffen, keine Gewalt, keine harten Drogen!**

nisieren und jene Abhängigen, die nicht bereit waren, „clean“ zu werden, aus der Freistadt zu werfen. Die Kampfansage gegen „Junk“ ist bis heute ein Grundprinzip. „Say no to hard drugs“ ist auf einem großen Stadtplan im Herzen von Christiania zu lesen. Das Symbol einer zerbrochenen Heroinspritze findet sich auf Plakaten mit Grundregeln für das Zusammenleben, die überall in der Freistadt hängen: Keine Gewalt, keine Waffen, keine Feuerwerkskörper, keine Sprengmittel, keine gestohlenen Waren, keine schusssicheren Westen und keine Rockerjacken sind weitere Verhaltensvorschriften, die eingefordert werden.

„Pusher Street“. Auch nach dem Hinauswurf der Junkies 1980 blieb das Thema Suchtgift mit Christiania verbunden. Haschisch und Marihuana wurden weiterhin offen konsumiert und zunehmend professionell gehandelt – vor allem mit dem Argument, dadurch harte Drogen fernzuhalten. Ein Abschnitt von Christiania entwickelte sich zu einer Verkaufsstraße für Suchtgift – die „Pusher Street“. Auf mehreren Dutzend Verkaufsständen wurden Stoff und Zubehör angeboten – üblicherweise versehen mit Preisschildern. Der unverblühte Handel war Regierung und Polizei ein Dorn im Auge. Mehrmals kam es in den 1970er- und 1980er-Jahren zu Versuchen des Staates, das Experiment Christiania zu beenden, weil das Militärgelände in Christianshavn 1971 illegal besetzt worden

war; Regierungswechsel und die zunehmend pro Christiania eingestellte öffentliche Meinung verhinderten wiederholt eine Räumung. 1989 verabschiedete das dänische Parlament ein Gesetz, das einen Schritt in Richtung einer Stabilisierung der Verhältnisse darstellte. Die Christianitter durften bis auf weiteres bleiben, mussten sich aber dazu bereit erklären, die Gebäude nicht zu veräußern und die von der öffentlichen Hand kommenden Leistungen wie Wasser, Elektrizität oder die Müllabfuhr zu bezahlen. Ein Teil der Aufsicht über die Freistadt wurde von Kopenhagens Gemeindeverwaltung auf den Staat übertragen; das Areal fällt heute in die Zuständigkeit der Schloss- und Eigentumsverwaltung, einem Amt des dänischen Finanzministeriums.

**Geänderte Drogenpolitik.** Anfang der 1990er-Jahre wurden die Diskussionen über eine Verschärfung der Drogenpolitik in Dänemark stärker. 1992 bildete die Polizei eine 70-köpfige Einsatzeinheit, die in einer 18-monatigen Schwerpunktaktion gegen den Haschisch- und Marihuana-Handel voringing. Die Pusher Street wurde laufend durchkämmt, Drogen wurden beschlagnahmt und Verdächtige festgenommen. Dabei kam es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern von Christiania und der Polizei.

1994 organisierten Christianitter, Dealer und Kunden einen „Haschischstreik“, um eine Lanze für leichte Dro-

gen zu brechen und gegen die Polizeieinsätze in der Freistadt zu protestieren. Die Pusher Street wurde fünf Tage lang geschlossen, Medien und der Justizminister besuchten Christiania. Auf erneuter Suche nach Konsens wurde die Polizeipräsenz in der Folge für einige Zeit beendet. Diese Phase prägt bis heute den Mythos aus diversen Reiseführern und –berichten, die Exekutive würde „keinen Fuß nach Christiania setzen“. Als die Polizei-Patrouillen Ende der 1990er-Jahre wieder aufgenommen wurden, stieß dies auf starken Widerstand der Bewohner: Die Polizisten bestreift die Pusher Street in Schutzanzügen und in zahlenmäßig starken Formationen. Teilweise wurden bis zu 150 Polizisten abkommandiert, erinnerte sich der frühere Kopenhagener Polizeichef Kai Vittrup 2004 in einem BBC-Interview. „Die Ablehnung der Polizei ist in Christiania überall spürbar“, berichtet ein Beamter der Polizeiwache in der Kopenhagener Innenstadt, die für die Freistadt zuständig ist. Noch immer bilden seine Kollegen und er große Gruppen im Streifendienst. Seit 2001, nach Bildung einer neuen Regierung unter Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen, ist die Drogenbekämpfung ein ständiger Schwerpunkt. 2003 wurde ein Nationaler Aktionsplan gegen Suchtgift beschlossen, der einen Paradigmenwechsel in der bislang als liberal geltenden dänischen Drogenpolitik einleitete. Das Parlament verabschiedete eine Reihe neuer Gesetze; unter anderem wurde der Be-

FOTOS: GREGOR WENDA



### Christiania-Post: Interne Briefzustellung.

sitz von Cannabis zum persönlichen Gebrauch unter Strafe gestellt und für Suchtgiftdelikte wurden hohe Strafen festgesetzt. Die Unterscheidung zwischen weichen und harten Drogen und zwischen „Drogenhändlern“ und „Drogenkonsumenten“ wurde abgeschafft. Am 16. März 2004 fand eine polizeiliche Großaktion in Christiania statt, die als Zäsur im Umgang des Staates mit der Kommune und dem dortigen Drogenkonsum gilt: Gegen 5 Uhr Früh kamen mehrere Hundert Polizisten auf das Gelände und entfernten mit Unterstützung von Bulldozern und Werkzeug die etwa 40 Buden und Stände, an denen Cannabis verkauft wurde. Die Pusher Street wurde stillgelegt, 48 Dealer und deren Gehilfen wurden festgenommen. Im gleichen Jahr beschloss das Parlament ein neues Gesetz, das eine „Normalisierung“ der Stellung von Christiania vorsieht. Die Nutzungsrechte sollen zukünftig wieder unmittelbar vom Staat ausgeübt werden; wer bleiben will, muss Miete bezahlen, wengleich unter dem Marktpreis. Die historischen Teile des Gebiets – zum Beispiel die alten Wallanlagen – sollen restauriert werden, an anderen Stellen sollen dafür Häuser verkauft oder abgerissen und neue Bauflächen gewonnen werden. Seither schwelt ein Rechtsstreit zwischen der Freistadt und der Regierung.

„No Photo.“ Vorerst geht das Leben in Christiania noch seinen gewohnten Gang. In der Adventszeit wurde in der historischen „Grauen Halle“ wieder der bekannteste Weihnachtsmarkt in Kopenhagen organisiert, Touristen flanieren durch die kleinen Läden und Lokale und besuchen am Abend eine der Musikveranstaltungen. Bunte Häuser und kleine Boote vermitteln einen idyl-



### Polizei in Schutzanzügen: Ständige Konflikte mit Bewohnern Christianias.

lischen Eindruck. Doch nur wenige Gehminuten entfernt ist man in düsteren und abgewohnten Zeilen von Lagerhäusern und Bretterbuden; Jugendliche wärmen sich am Feuer aus brennenden Blechtonnen. In der Luft hängt der Geruch von Cannabis, auf Gebäuden und Plakatwänden sind Hanfblatt-Symbole abgebildet. Die Pusher Street ist nicht mehr, was sie bis 2004 war, doch sie ist nicht aus Christiania verschwunden. Je nachdem, wie lange die letzte größere Razzia her ist, wirkt sie voller oder leerer. Die Stände sind klein und mobil geworden, die Dealer sind misstrauisch und prüfen genau, wer ihre Marihuana- und Haschisch-Päckchen in Augenschein nimmt.

„No Photo“ ist überall entlang der Pusher Street zu lesen; wer dennoch eine Kamera oder ein Handy in der Dealer-Straße zückt, kann schnell in Schwierigkeiten kommen, denn verdeckte Aufpasser beobachten die Passanten. Immer wieder ist Christiania über die Jahrzehnte zum Schauplatz aufsehenerregender Straftaten gewor-

den: 1987 wurde ein Rocker im Krieg rivalisierender Biker-Banden von Angehörigen der „Bullshit“-Gang zerstückelt und seine Leiche in Christiania versteckt. Am 23. April 2009 wurde einem Mann bei einem Anschlag mit einer Handgranate vor einem Café der Unterkiefer abgerissen – Hintergrund waren Bandenauseinandersetzungen. Am 1. Juli 2009 wurde ein Dealer in seinem vor Christiania parkenden Auto mit einem Genickschuss ermordet. Seine Hinrichtung wurde gerächt – kurz darauf wurde ein Mitglied der rivalisierenden Gang durch zehn Schüsse getötet. Am 15. Juni 2010 wurde ein Drogenhändler in Christiania durch drei Kugeln schwer verletzt.

**Polizeipräsenz** ist inzwischen ein gewohntes Bild in der Freistadt. Im Café Månefiskeren ist ein Schild montiert mit dem Text „Das sicherste Café der Welt – beinahe jeden Tag Polizeirazzien“. Die Lokalbetreiber zählen seit 2005 die Polizisten, die hier vorbeikommen. In Spitzenzeiten soll es mehr



Verkehrsvorschriften in Christiania: Autos ausgeschlossen.



Eingang in die „Pusher Street“: Strenges Fotografierverbot.

als zehn Besuche pro Tag geben. Kim Møller, Wissenschaftler am Zentrum für Alkohol- und Drogenforschung der Universität Aarhus, schätzt in seiner Anfang 2011 veröffentlichten Dissertation, dass sich der Umsatz von Haschisch in Kopenhagen seit der Schließung der Pusher Street im Jahr 2004 auf etwa eine Milliarde Kronen (134 Millionen Euro) pro Jahr erhöht habe. Die Dealer seien in andere Teile Kopenhagens abgewandert, das Suchtgift sei jedoch nach wie vor vorhanden und werde zu Spitzenpreisen abgegeben. Ein Drogenhändler könne nach inoffiziellen Schätzungen bis zu 30.000 Kronen (rund 4.000 Euro) pro Tag verdienen. 20 Tonnen Haschisch sollen pro Jahr in Dänemark verkauft werden. Für seine Forschungsarbeit konnte Møller unter anderem in offizielle Polizeidokumente wie Einsatzberichte, Videobänder und Schilderungen von Suchtgiftfahndern Einblick nehmen, um die Entwicklung der dänischen Suchtgiftszene zwischen 2000 und 2009 zu beleuchten. Hinter dem Markt

mit leichten Drogen stehen verfeindete kriminelle Biker-Banden. Am 3. Februar 2011 ging die Kopenhagener Polizei mit einem Großaufgebot von mehreren Hundert Beamten gegen Mitglieder der Hells Angels und jugendlicher Einwanderer-Gangs vor, die sich zu Jahresbeginn erbitterte Schießereien in der dänischen Hauptstadt geliefert hatten. 36 Bandenmitglieder wurden verhaftet, 11 Schusswaffen konfisziert.

**Warten auf OGH-Entscheidung.** „Bevar Christiania!“ („Rettet Christiania!“) wurde von den Bewohnern Christianias als Parole ausgegeben. Das Motto ist auf Fahnen, Postern und Aufklebern zu lesen und beinahe überall präsent. Ein eigener Souvenirshop verkauft die Andenken. In den Verhandlungen des Staates mit den Bewohnern von Christiania wurden die Angebote der Regierung auf dem Weg zu einer „Normalisierung“ zwar nachgebessert, weitreichende Entscheidungen können in Christiania aber nur einstimmig gefällt werden. Eine Abschaffung des Ge-

meinschaftssystems, die Einführung von Mieten und die gänzliche Unterordnung unter die hoheitliche Verwaltung sind bei den Bewohnern nicht konsensfähig. Die Christianitter brachten ihren Fall vor das Landesgericht für Ost-Dänemark und beriefen sich auf ein dauerhaftes Nutzungsrecht des Geländes – schließlich habe die Politik die Besetzung des einstigen Militärstützpunktes seit 1971 faktisch geduldet. Das Landesgericht wies im Mai 2009 die Klage ab und bekräftigte, dass das Verfügungsrecht über das Gelände weiterhin dem dänischen Staat zukomme. Seither steht die Zukunft des einstigen sozialen Experiments auf der Kippe. Als letzte Hoffnung für die Christianitter erscheint der Oberste Gerichtshof Dänemarks, der Ende Jänner und Anfang Februar 2011 in öffentlicher Verhandlung die Argumente nochmals gehört hat. Ende Februar 2011 wird sein Urteil zur Zukunft der Freistadt erwartet – noch vor dem 40. Jahrestag ihrer Gründung.

Gregor Wenda

## CHRISTIANIA

### Autonome „Fristaden“

Die „Freistadt“ Christiania (dänisch: *fristaden*) kultiviert den Ruf völliger Autonomie. An einem der Ausgangstore ist die Aufschrift „Sie betreten nun die EU“ angebracht. Einziehen darf nur, wer sich zuvor auf eine Warteliste hat eintragen lassen und von der Vollversammlung zugelassen worden ist. An Stelle einer Miete ist ein Beitrag für das Gemeinschaftsbudget zu zahlen – derzeit ca. 2.300 dänische Kronen (rund 300 Euro) pro Mo-



„Freistadt“ Christiania in Kopenhagen: Selbstverwaltung.

nat. Mit dieser Abgabe werden Wohnkosten, Strom- und Wasserkosten finanziert, nicht aber die Auslagen für

Heizung und Gas. Einige Bewohner benutzen inzwischen Ölheizungen, viele wärmen ihre teils spartanischen Unterkünfte immer noch mit Holz oder Gas. Ein Teil des Etats von Christiania wird auch in kulturelle und soziale Aktivitäten und Einrichtungen wie Kindergärten investiert. Die Selbstverwaltung in Christiania basiert auf dem Prinzip der Konsensdemokratie. Die Freistadt ist in 14 Gebiete unterteilt – neben dem Plenum finden auch in eigenständigen Gebietsversammlungen laufend Entscheidungsprozesse statt.